

Scharrer, Hans-Eckart

Article — Digitized Version

Pragmatismus in Manila

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Scharrer, Hans-Eckart (1976) : Pragmatismus in Manila, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 56, Iss. 10, pp. 483-484

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/134995>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Pragmatismus in Manila

Drei Jahre nach Nairobi fand die Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank erneut in einem Entwicklungsland, diesmal in Asien, statt. Verändert hat sich nicht nur das exotische Ambiente. Verfliegen ist die Euphorie, die seinerzeit die Beratungen um die Reform des internationalen Währungssystems begleitete und die schon vor der Ölkrise recht wirklichkeitsfremd anmutete. Demgegenüber waren die Manila-Verhandlungen von wohlthuendem Realismus geprägt, auch wenn es nicht an den üblichen politischen Absichtserklärungen mangelte, die ihren Test gegenüber den Pressionen der organisierten Gruppeninteressen auf nationaler und globaler Ebene erst noch bestehen müssen.

Die Diskussionen über interne Stabilisierung, Zahlungsbilanzpolitik, Wechselkurse und Entwicklungshilfe standen unter einem (ungenannten) Generalthema: internationale Wirtschafts- und Währungspolitik nach Überwindung des ersten Ölshocks. Tatsächlich sahen viele Redner die Zeit für gekommen, nach einer Phase primär kurzfristig orientierten globalen Krisenmanagements jetzt in eine Phase struktureller Anpassungen der Volkswirtschaften an die neuen weltwirtschaftlichen Daten einzutreten. Dem IWF könnte dabei eine besondere Rolle zukommen. Er hat sich in der akuten Krisenperiode als ein Organ bewährt, das Industrieländern und Entwicklungsländern in gleicher Weise zu nützen vermochte und das – zusammen mit der Weltbank – von den ideologischen Auseinandersetzungen um eine Neue Weltwirtschaftsordnung weitgehend verschont geblieben ist. Der Fonds hat dabei in dem Maße an Autorität zurückgewonnen, wie die Grenzen der bilateralen und privaten Zahlungsbilanzfinanzierung evident geworden sind. Nach wie vor leitet sich aber sein Rang in erster Linie aus der Qualität seiner Analyse und der Fähigkeit seiner Führung ab, die Mitgliedstaaten von der Vorteilhaftigkeit der – mitunter unbequemen – kooperativen Lösungen zu überzeugen.

Erheblicher Überzeugungskraft wird es in der Tat bedürfen, um die Regierungen dazu zu veranlassen, ihren Stabilitätsschwüren von Manila künftig auch wirksame Maßnahmen folgen zu lassen. Zwar haben viele Industrieländer schon heute beachtliche Stabilisierungserfolge zu verzeichnen. Der Preis, um den diese Etappensiege vielfach errungen wurden, wird indessen von starken Gruppen zunehmend als unerträglich kritisiert. Dabei sind es häufig gerade diese Gruppen selbst, die durch ihr anti-ökonomisches Verhalten die hohen sozialen Kosten der Stabilisierungspolitik (mit-)verursacht haben. Doch auch die wirtschaftspolitischen Instanzen sind gegen Fehlverhalten keineswegs gefeit. Der Fonds wird in vielen Ländern mehr als bisher um Einsicht dafür werben müssen, daß nur im abgestimmten Einsatz aller wirtschaftspolitischen Instrumente – einschließlich der aus durchsichtigen Gründen gern „vergessenen“ Geldpolitik – nachhaltige Stabilisierungsfortschritte zu erzielen sind.

Daß derartige Ratschläge des Fonds nicht gern gehört werden, ist bekannt und in der Regel (innenpolitisch) erklärlich. Erklärlich ist auch, daß Defizitländer sich den wirtschaftspolitischen Auflagen des Fonds in den letzten Jahren möglichst dadurch entzogen haben, daß sie auf private Finanzierungen oder (weiche) bilaterale Zentralbankkredite ausgewichen sind. Die Rekordausleihungen des Fonds können nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Anteil der IWF-Finanzierungen an

der gesamten Außenfinanzierung der Defizitländer gering war. So entfiel beispielsweise von der Darlehensaufnahme der Entwicklungsländer im letzten Jahr nur ein Achtel, nämlich 3,4 Mrd. Dollar, auf IWF-Mittel. Hinzu kommt, daß Defizitländer bisher meist mit Erfolg bemüht waren, nur die praktisch auflagenfreien Kreditfazilitäten des Fonds – also die Goldtranche, die Erdölfazilität und die kompensatorische Finanzierung – auszuschöpfen. Dieser Entwicklung, die einer Perpetuierung der weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte Vorschub leistet, Einhalt zu gebieten, wird eine der vordringlichsten Aufgaben sein, die sich dem Fonds künftig stellen.

Die Chancen dafür sind gar nicht einmal ungünstig. Erstens haben eine ganze Reihe von Ländern inzwischen ihre Kreditlimite auf den internationalen Finanzmärkten erreicht. Die Banken, die den größten Teil der Recycling-Aufgabe in der Ölkrise übernommen hatten, sind heute häufig nicht mehr bereit, ohne internationale Garantien neue Zahlungsbilanzkredite zu gewähren. Hier bietet sich eine, jüngst bereits praktizierte, Kooperation zwischen IWF und privaten Kreditinstituten etwa in der Form an, daß die private Kreditgewährung von der Vereinbarung eines (mit wirtschaftspolitischen Auflagen gekoppelten) Bereitschaftskreditabkommens beim Fonds oder einer Ziehung in der Kredittranche abhängig gemacht wird. Ähnliche Formen sind in der Projektfinanzierung mit der Weltbank denkbar und bereits erprobt worden. Zweitens hat die Bereitschaft zur Gewährung, aber auch zur Inanspruchnahme, bilateraler Beistandskredite auf Regierungsebene abgenommen. Multilateralen Lösungen wird heute wieder verstärkt der Vorzug gegeben. Und drittens besitzt der Fonds im Zusammenhang mit der siebten allgemeinen Quotenrevision, die schon für Anfang 1978 ansteht, einen geeigneten Hebel, um seine Kreditvergabepolitik mit seinen umfassenderen anpassungspolitischen Aufgaben besser in Einklang zu bringen. Freilich, ohne entsprechende Initiativen der von der Notwendigkeit einer solchen Politik überzeugten Länder wird er diesen Hebel nicht einsetzen können. Zu groß ist die Lobby der Industrie- und Entwicklungsländer, die dem bequemeren Weg der automatischen IWF-Finanzierung den Vorzug vor wirtschaftspolitischen Anpassungsmaßnahmen geben und die deshalb – wie in Jamaika bereits geschehen – massiv auf Ausdehnung der auflagenfreien Kreditlinien drängen.

In engem Zusammenhang mit der Stabilisierungs- und Zahlungsbilanzpolitik steht die Funktionsfähigkeit des Wechselkurssystems. Mit der in Jamaika beschlossenen Änderung des Artikels IV der Fonds-Statuten hat die fruchtlose Diskussion über das Für und Wider fester und floatender Wechselkurse vorerst ein Ende gefunden. In Manila wurde statt dessen die Frage diskutiert, wie der Fonds die ihm übertragene Aufgabe einer strikten Überwachung der Wechselkurspolitik seiner Mitglieder praktisch erfüllen soll. Da im Grunde jede Regierung davon ausgeht, daß nur die Politik der anderen Länder der Überwachung bedarf, sind konkrete Ergebnisse hier nicht zu erwarten. Wahrscheinlich dürfte sich die Linie der USA durchsetzen, die – ganz im Gegensatz zu ihrem früheren Eintreten für „objektive Indikatoren“ – einem flexiblen, pragmatischen Ansatz den Vorzug geben. Überschattet wurden die Diskussionen in Manila nicht nur von dem anhaltenden Kursverfall des Pfund Sterling, sondern auch von den ungelösten Problemen innerhalb der Mini-Schlange. Der europäische Währungsblock ist ein eklatantes Beispiel für die Schwäche des Konzepts der „festen, aber anpassungsfähigen Paritäten“, jedenfalls in der von den EG-Staaten präferierten Ausprägung ohne Anpassungsnormen.

Die Entwicklungsländer gaben sich in Manila (anders als noch wenige Monate zuvor am gleichen Ort) vergleichsweise sachlich. Um so mehr haben sie Anspruch darauf, daß ihre Forderungen, die sich vielfach ganz im Rahmen des marktwirtschaftlichen Konzepts bewegen, in konstruktivem Geiste geprüft werden. Pharisäerhafte Aufforderungen des Inhalts, die Entwicklungsländer sollten künftig mehr für die interne Stabilisierung tun, sind geeignet, die Asymmetrie in den Nord-Süd-Wirtschaftsbeziehungen erst recht deutlich zu machen. Denn: der IWF kann den Entwicklungsländern zwar wirtschaftspolitische Auflagen machen, er kann aber nicht gewährleisten, daß sie die Früchte ihrer Bemühungen um Selbsthilfe auch in Form gestiegener Exporte in die Industriestaaten ernten können. Was diese und andere Asymmetrien betrifft, so ist man auch heute nicht weiter als vor drei Jahren in Nairobi.